



Petition im Zahntechniker-Handwerk

Wie geht es jetzt weiter?

Die Unterschriftenlisten sind abgegeben, die Auszählung läuft noch, ein „offizielles Endergebnis“ steht also noch aus. Aber bereits nach unserer eigenen Zählung dürften wir das Quorum von 50.000 Unterschriften leider verfehlt haben.

Trotzdem war unser Engagement bereits jetzt erfolgreich.

Der Petitionsausschuss beschäftigt sich mit dem von uns vortragenen Anliegen, auch wenn wir dazu kein Anhörungs- und Rederecht erreicht haben. Und er kann – und hoffentlich wird – unser Anliegen trotzdem dem Gesundheitsministerium mit der Bitte um Veranlassung vorlegen. Auf eine Stellungnahme des Bundesgesundheitsministeriums warten wir noch, wir werden in jedem Fall berichten.

Darüber hinaus haben wir über unsere Petition diverse wertvolle Kontakte geknüpft, die wir über die Innungsgrenzen hinweg nun pflegen und auszubauen versuchen.

So trafen sich Herr Michael Retzlaff von der Zahntechniker-Innung Nord und Frau Dörte Thie und Herr Lutz Bigl von der Mitteldeutschen Zahntechniker-Innung mit der MdB Simone Borchardt (CDU), Mitglied des Petitionsausschusses und des Gesundheitsausschusses im Bundestag, zu einem Besuch im zahntechnischen Labor Crident in Schwerin. Gemeinsam mit dem Inhaber des Innungslabors, Herrn Hebert, informierten wir Frau Borchardt über die Situation im Zahntechniker-Handwerk. Wir diskutierten eingehend Lösungsmöglichkeiten, die Eingang in einen Antrag der CDU-Fraktion im Gesundheitsausschuss finden werden. Mitte November 2022 werden wir die Gespräche mit einem Termin mit der MdB Jana Schimke, ebenfalls CDU, weiter fortsetzen. Termine mit gesundheitspolitischen Vertretern anderer Parteien sind ebenfalls geplant und auch die Südbayerische Zahntechniker-Innung ist weiterhin alles andere als untätig. Sie ist in engem Austausch mit dem bayerischen Staatsminister für Gesundheit, der einen Entschlie-

ßungsantrag in den Bundestag eingebracht hat. Er unterstützt das Anliegen unseres Handwerks und kann die drängenden Sorgen sehr gut nachvollziehen. Er hat sich in dieser Angelegenheit auch direkt an den Bundesminister für Gesundheit gewandt.

Drängend ist nun vor allem die Sicherstellung der Versorgungssicherheit für die Kassenpatienten. Denn wenn die Bundesregierung nicht schnell handelt, wird das Zahntechniker-Handwerk die BEL-Leistungen nicht mehr wirtschaftlich durchführen können. Wie wichtig funktionierende inländische Versorgungsstrukturen sind, haben wir in letzter Zeit an sehr vielen Stellen des Gesundheitssystems gesehen, zum Teil müssen sie mit Milliardenaufwand erst wieder hergestellt werden. Eine Möglichkeit, schnell Entlastung zu schaffen, wäre zum Beispiel eine Einmalzahlung, die unabhängig von den laufenden Vertragsverhandlungen gewährt wird.

Die Ermöglichung wirtschaftlicher Vergütungsstrukturen im Zahntechniker-Handwerk wird dagegen so verschwindend geringe finanzielle Auswirkungen haben, dass sich dies in den Haushalten der gesetzlichen Krankenkassen wohl allenfalls an der zweiten Stelle hinter dem Komma bemerkbar machen wird.

Es muss uns gelingen, trotz all der vielen anderen aktuell wichtigen Themen, an entscheidender Stelle in der Politik aufzuzeigen, was für ein für die Menschen und die Patienten in Deutschland wertvolles Gut hier ohne Not gefährdet wird. Dies ist uns an der einen oder anderen Stelle bereits gelungen. Wir bleiben dran!

kontakt

Mitteldeutsche Zahntechniker-Innung
Tel.: +49 30 3935036
info@mdzi.de
www.mdzi.de

Forschung zur Gesundheit in der Arbeitswelt wird gestärkt

Auftakt für das gemeinsame Programm des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales und der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

Die Coronapandemie hat gezeigt, wie wichtig fundierte Erkenntnisse zur Sicherheit und Gesundheit in der Arbeitswelt sind. Seit mehreren Jahren sind Strukturdefizite in Forschung und Lehre, aber auch in der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses erkennbar. In der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften in Berlin findet deshalb heute die Auftaktveranstaltung für das Programm zur Förderung der Forschung und Lehre im Themenfeld Gesundheit in der Arbeitswelt (FoGA) statt. Mit dem gemeinsamen Programm stärken das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) die Leistungsfähigkeit der Forschung zu Gesundheit in der Arbeitswelt. Mit der Förderrichtlinie sollen Projekte mit Bezug zur betrieblichen Praxis, aber auch wissenschaftliche Nachwuchsgruppen sowie Stiftungsprofessuren gefördert werden. Ziel der Förderrichtlinie ist auch eine breite Beteiligung verschiede-

ner arbeitsbezogener Disziplinen und Institutionen aus Wissenschaft und Praxis.

Das FoGA-Programm zielt auf fünf Handlungsfelder ab:

- Aus der COVID-19-Pandemie lernen für eine bessere Vernetzung von Primär-, Sekundär- und Tertiärprävention;

- Präventive Erwerbsverlaufsgestaltung unter Berücksichtigung der Vulnerabilität verschiedener Personengruppen und der Vielfalt der Erwerbsbevölkerung;
- Flexibilisierung der Arbeitswelt – Chancen nutzen, Risiken vermeiden;
- Mit dem Wandel Schritt halten – die wissenschaftliche Methodik fortentwickeln.

Alle Details zum Programm „Förderung der Forschung und Lehre zur Gesundheit in der Arbeitswelt“ sind zu finden unter: www.foga-foerderprogramm.de



- Prävention im Betrieb – das betriebsärztliche Handeln weiterentwickeln;

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Auf zwei Rädern ins Büro

Pendler können mit dem Umstieg auf ein Fahrrad oder E-Bike nachhaltig sparen.



Stop-and-go im Berufsverkehr, Dauerstau vor der roten Ampel oder voll besetzte Busse und Bahnen? Diesen morgendlichen Stress können sich Berufstätige sparen. Durchschnittlich weniger als 17 Kilometer legen Pendler laut Statista auf dem Weg zur Arbeitsstätte zurück. Das sind Distanzen, die in vielen Fällen

auf zwei Rädern zurückgelegt werden können, ob allein mit Muskelkraft oder noch bequemer mit der zusätzlichen elektrischen Unterstützung eines E-Bikes. Fast jeder vierte Berufstätige nutzt laut weiterer Statista-Daten bereits heute regelmäßig das Fahrrad für den Weg zur Arbeit – Tendenz weiter

steigend. Die Kommunen haben den Trend zum Rad erkannt. Sie bauen separate Streckenverläufe, Fahrradstraßen und Velo-Routen kontinuierlich aus, sodass die Pendler entspannt an der Blechlawine vorbeiradeln können. Die Bewegung ist gut für die eigene Fitness – und Gesundheit macht morgens schon richtig munter. Positiv ist zudem die Umweltbilanz, wenn das Auto häufiger mal stehen bleibt. Und einsparen lässt sich dabei ebenfalls so einiges: Bei einer typischen Pendlerdistanz von 14 Kilometern hat man pro Monat rund 100 Euro mehr im Portemonnaie. Zugleich wird die Umwelt durch den Umstieg aufs Rad pro Jahr um 611 Kilogramm Kohlendioxid entlastet – das entspricht dem Pflanzen von 49 großen Buchen. Noch ein Tipp: Arbeitnehmende können ihren Vorgesetzten fragen, ob sie Unterstützung beim Umstieg auf das umweltfreundliche Radfahren erhalten. Denn Bike-Leasing ist für beide Seiten interessant. Berufstätige sparen somit erheblich gegenüber dem Privatkaufl, zahlen überschaubare monatliche Beiträge und können das Rad auch privat nutzen. Unternehmen wiederum können auf diese Weise die Bindung ihrer Belegschaft fördern und gleichzeitig etwas für die Umwelt tun.

Quelle: djf Presstreff